

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 122 (1956)

Heft: 9

Artikel: Preussens Vorbereitungen zum militärischen Angriff auf die Schweiz
1856/57

Autor: Bonjour, Edgar

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-26504>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ALLGEMEINE SCHWEIZERISCHE MILITÄRZEITSCHRIFT

Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Adressen der Redaktion

Allgemeiner Teil: Oberstdivisionär E. Uhlmann, Neuhausen a. Rheinfall, Zentralstr. 142

Militärwissenschaftliches: Oberstdivisionär G. Züblin, Küsnacht ZH, Buckwiesenstr. 22

Preußens Vorbereitungen zum militärischen Angriff auf die Schweiz 1856/57

Von Edgar Bonjour

Als vor hundert Jahren zwischen der Schweiz und Preußen ein Streit um Neuenburg ausbrach, nahm er infolge der Hartnäckigkeit beider Parteien bald so ernste Formen an, daß ein kriegerischer Austrag unvermeidlich schien. Um die Jahreswende 1856/57 kulminierte der Konflikt. Der Bundesrat, vom Schweizervolk aller Landesteile, Konfessionen und Gesellschaftsschichten einmütig unterstützt, hatte bereits zwei Divisionen zur Verteidigung an den Rhein geworfen und General Dufour zum Oberkommandierenden wählen lassen. Allerwärts fürchtete man, ein Waffengang zwischen den beiden Gegnern werde die Revolution in ganz Europa entflammen. Nur mit Mühe konnte Friedrich Wilhelm IV. durch die Großmächte bewogen werden, die auf den 1. Januar angesetzte preußische Mobilisation auf den 15. zu verschieben.

Was hatte zu diesem Konflikt von europäischer Bedeutung geführt? Seit dem Wiener Kongreß 1815 war Neuenburg Fürstentum des Königs von Preußen und zugleich Glied des eidgenössischen Staatenbundes. Eine demokratische Revolution machte 1848 diesem Doppelverhältnis ein Ende und errichtete im Juralande die Republik, worauf Neuenburg als Kanton in den neuen schweizerischen Bundesstaat aufgenommen wurde. Aber Fried-

rich Wilhelm IV. anerkannte dieses «fait accompli» nie und betrachtete sich weiterhin als rechtmäßigen Souverän von Neuchâtel. Die ihm treu gebliebenen Neuenburger bereiteten eine Gegenrevolution vor. Am 3. September drangen bewaffnete Royalisten ins Schloß und verhafteten die Staatsräte der Republik; zudem besetzten mehrere hundert Mann Miliz die Ortschaft Le Locle. Am andern Tag sahen die Neuenburger von den Türmen des Schlosses und der Schloßkirche die preußischen Fahnen herunterwehen. Vielerorts angeschlagene Manifeste verkündeten, daß die Stunde der Befreiung geschlagen habe und riefen die getreuen Bürger zur Gefolgschaft auf.

Jedoch gelang es den royalistischen Verschwörern nicht, durch ihr entschlossenes Vorgehen die zaudernden Königstreuen mitzureißen. Die Stadt blieb ruhig und ziemlich teilnahmslos. Gewiß war etwa die Hälfte der ursprünglich neuenburgischen Bevölkerung dem «ancien régime» zugetan und hegte royalistische Gefühle. Diese Alteingesessenen zählten fest darauf, der König werde doch endlich einmal sein wiederholt abgegebenes feierliches Versprechen, seine Untertanen nicht zu verlassen, einlösen. Das republikanische Joch, das sie nun schon während acht Jahren erduldeten, war ihnen im Innersten zuwider. Nun trat aber die Forderung zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Zustände doch zu plötzlich an sie heran. Warum rief sie der geliebte König nicht selbst zu den Waffen? Wie meistens innere Unsicherheit die Menschen zur Tatenlosigkeit verurteilt, so geschah es auch hier: Viele Royalisten schauten zu und warteten.

Ganz anders rührig verhielt sich die republikanische Partei. Obgleich sie mit der Unterstützung durch die Eidgenossenschaft rechnen konnte, organisierte sie sich sofort militärisch, um aus eigenen Kräften ihre gefangene Regierung zu befreien. Im Morgengrauen des 4. September marschierte Oberst Denzler mit 2500 Mann gegen das Schloß und stürmte es. Die Royalisten setzten sich nicht zur Wehr. Trotzdem wurden einige von ihnen getötet und mehrere, darunter auch Führer, schwer verletzt. Der eidgenössische Generalstaatsanwalt, den man mit der gerichtlichen Verfolgung der Urheber der Revolte betraute, stellte ein Verzeichnis von 667 Gefangenen, 26 Verwundeten und 8 Toten auf. In den folgenden Tagen wurde ein Großteil der Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Assisen in dem einzuleitenden Hochverratsprozeß sollten im Januar 1857 in Neuenburg abgehalten werden.

Nach dem Wunsche des Bundesrates hätte der Putsch der royalistischen Heißsporne auf gerichtlichem Wege als rein innerschweizerische Angelegenheit seine Erledigung finden sollen. König Friedrich Wilhelm IV. war jedoch keineswegs gesonnen, die Gefangenen ihrem Schicksal zu überlassen, noch seine Souveränitätsrechte auf Neuenburg aufzugeben. Auch Europa billigte nicht die Meinung, wonach republikanische Revolutionen straflos, royalisti-

sche dagegen strafbar seien. Die Großmächte legten sich nachdrücklich ins Mittel; doch scheiterten zunächst alle ihre Mediationsversuche.

Zum Oberkommandierenden der gegen die Schweiz vorzurückenden Truppen ernannte der König von Preußen den General Karl von der Groeben.¹ Dieser hagere Ostpreuße zählte damals bereits 68 Jahre. Er hatte während des vorangegangenen Krimkrieges zu den intimsten Ratgebern des Königs gehört und stand ihm auch jetzt wieder sehr nahe. Friedrich Wilhelm IV. fühlte sich um so mehr zu der männlichen, soldatisch entschlossenen Persönlichkeit Groebens hingezogen, als es ihm selber immer schwerer wurde, Entscheide zu treffen. Zudem wußte er, daß sein General im gleichen weltanschaulichen Boden wurzelte wie er, daß dieser seine romantischen Anschauungen vom christlichen Ständestaat teilte. Ein Beweis seines unbedingten Vertrauens in die militärische Begabung und Fähigkeit Groebens lag schon darin, daß er ihn für das Oberkommando dem eigenen Bruder und Thronfolger, dem späteren Kaiser Wilhelm I., vorzog. Vielleicht wirkte bei der Verleihung dieses Oberbefehls auch der Wunsch mit, Groeben Gelegenheit zu geben, die ihm 1850, als er an der Spitze preußischer Truppen gegen Österreich im Felde stand, infolge der Olmützer Punktation aufgezwungene Entsagung durch einen – wie man in Preußen allgemein annahm – schneidigen Feldzug wettzumachen. Daß Groeben kein kriegerischer Draufgänger war, zeigen allein schon die Bedenken, mit denen er an seine Aufgabe herantrat. Die Rücksichten auf die höheren Pflichten des Königs gegen Preußen, die Unwahrscheinlichkeit einer Lokalisierung des Krieges gegen die Schweiz und die Gefahren eines feindlichen Eintritts der Großmächte in den Kampf bewogen ihn, dem König von vornherein eine Lösung der Angelegenheit auf diplomatischem Wege anzuraten. Da jedoch Friedrich Wilhelm IV. einen Krieg ernsthaft ins Auge faßte, hat Groeben die Kampagne sorgfältig durchdacht und alle Vorarbeiten für ein Gelingen des Unternehmens ins Werk gesetzt. Er ließ sich in diesem Vorhaben nicht beirren, obgleich er bei der ihm bekannten schwankenden Sinnesart des Königs stets damit rechnen mußte, daß dieser im letzten Moment den Mut zum Waffengang nicht aufbringen werde.

Groebens Feldzugsplan ist bekannt; er lautete in kurzen Umrissen folgendermaßen:² Ein Armeekorps sollte von Freiburg auf Basel vorstoßen, ein anderes mit Zuhilfenahme einer kleinen Bodenseeflotte von Ludwigs-

¹ *Edgar Bonjour*: Eine preußische Denkschrift über den Neuenburger Konflikt; Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, Bd. 42, Basel 1943, S. 245 ff.

² *Edgar Bonjour*: Preußen und Österreich im Neuenburger Konflikt; Zeitschrift für schweizerische Geschichte, X. Jahrgang, 1930, S. 52 ff.

hafen nach Konstanz vorrücken. Während so die beiden Flügel des eidgenössischen Heeres beschäftigt und bedroht würden, wollte Groeben mit der Hauptmacht das Zentrum der feindlichen Linien durchbrechen: Übergang über den Rhein mit drei Armeekorps ober- und unterhalb Schaffhausens, hernach vereinigter Kampf und Marsch auf beiden Aareufern bis nach Bern, ja bis zum Genfersee, wenn Neuenburg mit diesem Stoß noch nicht zu erobern war. Eine stärkere Reserve sollte am Rhein postiert werden, um bei dem weiteren Vorgehen feindlichen Flanken- und Rückenoperationen zu begegnen. Diesen Feldzugsplan, dessen Gelingen zum Teil auf Überraschung des Gegners beruhte, teilte Groeben nicht einmal seinen schon ernannten Armeekorpskommandanten mit. Denn «einmal dem Munde entschlüpft», bemerkt er in vertraulichen Aufzeichnungen, «bleibt kein Geheimnis so leicht bis zur Ausführung verborgen, und gerade ist ein unerwarteter militärischer Plan halber Sieg!»

Der Ausbruch des Krieges hat glücklicherweise in letzter Minute vermieden werden können. England und Frankreich legten sich nachdrücklich ins Mittel und suchten, zwischen den beiden Gegnern einen Vergleich zustande zu bringen. Besonders von den britischen Staatsmännern wurde der König von Preußen energisch an die Neutralität der Schweiz und an die Unverletzlichkeit ihres Gebietes erinnert. Mehr Eindruck machte es in Berlin, als die englische Regierung auf die große Gefahr hinwies, ein Angriff auf die Schweiz werde sehr wahrscheinlich die Revolution in ganz Europa entfachen. Vor einer solchen Aussicht schreckte der König zurück. Auch im schweizerischen Bundesrat machte sich nun eine versöhnlichere Stimmung geltend. Nachdem Kaiser Louis Napoléon einem eidgenössischen Spezialgesandten förmlich versichert hatte, der König von Preußen werde nach Freilassung der Gefangenen auf Neuenburg verzichten, entschloß sich der Bundesrat, der Bundesversammlung zu beantragen, den Prozeß gegen die angeklagten Aufrihrer niederzuschlagen. Am 17. Januar 1857 wurden die Gefangenen unter militärischer Begleitung an die Grenze geführt. Hierauf erfolgte die Entlassung der aufgebotenen Truppen. Trotz harter Winterkälte hatte die Mannschaft ohne Murren ihren Dienst geleistet. Aus der allgemeinen patriotischen Begeisterung heraus ist damals bekanntlich das Lied «Roulez, tambours! pour couvrir la frontière» entstanden.

Nun trat in Paris eine Konferenz der Großmächte zusammen, zu deren Sitzungen auch ein Vertreter Preußens und der Schweiz zugelassen wurden. In langwierigen Verhandlungen einigte man sich auf folgenden Vertrag: Der König von Preußen verzichtete für sich und seine Nachkommen auf das Fürstentum Neuenburg, wofür die Schweiz allen an der royalistischen Erhebung Beteiligten Amnestie gewährte, die Kosten für die militärische Ok-

kupation des Kantons sowie für die Grenzbesetzung übernahm und die Erträge der 1848 eingezogenen Kirchengüter sowie Wohlfahrtseinrichtungen ihren Stiftungszwecken garantierte. Dem König von Preußen und seinen Erben wurde das Recht zugestanden, den Titel eines Königs von Neuenburg weiterzuführen.

Damit war eine lange offen gebliebene, beunruhigende Frage des schweizerischen Staatslebens endlich gelöst. Die mannhafte Haltung der Schweiz hatte zum günstigen Ausgang viel beigetragen. Mit Recht durfte der Nationalratspräsident in seiner Schlußrede sagen: «Die wahre Kraft eines Volkes offenbart sich nicht zum mindesten durch die Mäßigung, die es in seinem Auftreten an den Tag zu legen weiß. Ein kleiner Staat aber vollends wird nur durch eine ruhige Haltung und durch besonnenes Handeln der Welt Achtung einflößen und sie seine Kleinheit vergessen machen.»

Die nachstehend wiedergegebenen, bisher unbekanntenen Dokumente geben näheren Aufschluß über die militärischen Entschließungen und Vorkehrungen auf preußischer Seite. Alle hier veröffentlichten Akten stammen aus dem ehemals Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem (Auswärtiges Amt IA Bm 22a secreta; AA I D 22 militaria) und aus dem ehemaligen Preußisch-Brandenburgischen Hausarchiv in Berlin-Charlottenburg (Rep. 50 E).

Verhandlungen zu Potsdam

21. November 1856

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs und unter Allerhöchst dessen Vorsitz versammelten sich heute der Minister-Präsident Freiherr von Manteuffel³, die Generale der Kavallerie Graf von der Groeben⁴ und von Reyher und der Kriegsminister Generalmajor Graf von Waldersee⁵, um über die in bezug auf die Neuenburger Angelegenheit etwa erforderlich werdenden militärischen Maßnahmen zu beraten. Seine Majestät der König geruhte die Sitzung mit einer Darlegung des bisherigen Ganges Allerhöchstseiner Politik in Betreff der in Rede stehenden Angelegenheit zu eröffnen. Allerhöchstderselbe sei einerseits zwar bereit, zu einer Lösung der prinzipiellen Frage, das heißt der Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses Seines Fürstenthums Neuenburg zu der Schweiz, in Gemeinschaft mit den

³ Otto von Manteuffel (1805–1882), preußischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.

⁴ Karl von der Groeben (1788–1874), Oberkommandierender der gegen die Schweiz aufgestellten Armee.

⁵ Friederich von Waldersee (1795–1864), preußischer Kriegsminister.

übrigen europäischen Großmächten auf dem Wege der Unterhandlung die Hand zu bieten; andererseits sei es jedoch Allerhöchstseins fester Wille, auf der Freilassung der bei Verteidigung der Rechte ihres angestammten Fürsten in Gefangenschaft geratenen und mit entehrenden Strafen bedrohten Neuenburger mit aller Entschiedenheit zu bestehen; erforderlichen Falls werde Seinerseits dieser Forderung durch Aufstellung militärischer Streitkräfte, und wenn dieses nichts fruchte, selbst durch aktives Vorgehen gegen die Schweiz Nachdruck verschafft werden. Bereits sei die gedachte Forderung an die schweizerische Regierung förmlich gestellt und sowohl seitens der deutschen Bundesstaaten als auch seitens der Großmächte mehr oder weniger dringend befürwortet worden.

Sollten diese Schritte ohne Erfolg bleiben, so stände Allerhöchstseins Entschluß fest, militärisch einzuschreiten, insofern daraus nicht etwa ein allgemeiner europäischer Krieg hervorzugehen drohe. Auf diplomatischem Wege solle sich also zuvörderst Gewißheit darüber verschafft werden, daß seitens der übrigen Großmächte kein bestimmter Einspruch gegen ein aktives Vorgehen Preußens gegen die Schweiz erhoben werde, insbesondere aber, daß ein solcher Schritt unter vollständigstem Einverständnis, womöglich selbst unter Mitwirkung des Kaisers der Franzosen, erfolge. Seine Majestät geruhte an diese Darlegung die Äußerung anzuschließen, daß es sich jetzt also um die Beratung über nachstehende drei Punkte handle:

1. Über den Zeitpunkt, in welchem mit militärischen Maßregeln vorzugehen sei,
2. über die Zahl der erforderlichen Streitkräfte,
3. über die Auswahl der hierzu zu designierenden Truppen.

Der Ministerpräsident Freiherr von Manteuffel fügte den Darlegungen Sr. M. eine spezielle Auseinandersetzung des augenblicklichen Standes der diplomatischen Verhandlungen über die Neuenburger Angelegenheit hinzu. Der Moment einer entscheidenden Wendung dieser Angelegenheit schein nahe bevorzustehen. Einerseits könne die Antwort auf die an die schweizerische Regierung gestellte Aufforderung zur Freilassung der Gefangenen täglich erwartet werden; andererseits dürfe, in Folge der stattgehabten Rückkehr des Generals Dufour aus Paris, das Resultat seiner vertraulichen Unterredungen mit dem Kaiser Napoleon, wenn auch kaum in allen seinen Einzelheiten verlautbart werden, so doch in der Haltung der schweizerischen Regierung bald sich zu erkennen geben.

Der General der Kavallerie von Reyher ging hierauf zunächst zu der Beleuchtung der ersten der seitens S. M. gestellten Fragepunkte über. Nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, nament-

lich auch der klimatischen, sowie in Übereinstimmung mit den gewichtigsten militärischen Autoritäten, müsse der Anfang des März als der zur Eröffnung von kriegerischen Operationen gegen die Schweiz in jeder Beziehung geeignetste Zeitpunkt erachtet werden. Die Mobilmachung und demnächstige Concentrierung der aufzubietenden Streitkräfte an der Schweizer Gränze erfordere, selbst mit Zuhilfenahme der Eisenbahnen, einen Zeitraum von mindestens 6—8 Wochen. Was den zweiten zur Beratung gestellten Punkt, die Zahl der zu verwendenden Streitkräfte, betreffe, so sei dies selbstredend nach den Streitkräften der Schweiz zu bemessen. Nun zähle der sogenannte Bundesauszug und die Bundesreserve zusammen 104 000 Mann, wozu neuerdings noch die Bildung einer Landwehr in Aussicht gestellt sei. Werde nun wohl auch die Disziplin jener nur aus Milizen bestehenden Truppen sowie ihre Ausbildung für größere Operationen und ihre höhere Führung gewiß nur mangelhaft sein, so sei doch die Ausbildung des Einzelnen in der dort in allen Ständen gepflegten Schießfertigkeit zu einem ziemlich hohen Grade gediehen. Auch sei bei einem Kriege Preußens gegen die Schweiz ein Zuströmen aller demokratischen und Flüchtlingselemente aus ganz Europa zu den eidgenössischen Reihen zu erwarten. Lasse sich nun zwar einerseits hoffen, alle jene Elemente allenfalls auch durch eine geringere Zahl gut disziplinierter, gut ausgebildeter und gut angeführter Truppen besiegen zu können, so gebiete andererseits doch auch die Vorsicht, sich nicht unbedingt dieser Hoffnung hinzugeben, sondern — um eines unzweifelhaften Erfolges und insbesondere einer möglichst schnellen Niederwerfung jedes Widerstandes gewiß zu sein — doch eine den militärisch organisierten Kräften der Schweiz überlegene Armee zu verwenden. Die Zahl von 120 000 Mann möchte also hienach als jedenfalls erforderlich erscheinen. Schließlich glaubte der General von Reyher auch noch darauf hinweisen zu müssen, wie die Politik Frankreichs, namentlich auch in Angelegenheiten der diesem Reiche so wichtigen Schweiz, stets nur mit mißtrauischem Auge zu betrachten und auf etwaige freundschaftliche Zusicherungen von dorthier also nicht unbedingt zu bauen sein dürfte!

S. M. der König geruhte hierauf zu äußern, wie, sobald Wortbruch und offenbare Treulosigkeit in Rechnung gestellt werden solle, zuletzt gar nichts mehr unternommen werden könne. Allerhöchstderselbe sprach sich Seinerseits auch noch dahin aus, daß es geeignet erscheinen möchte, um der Schweiz den Ernst Preußens in Aussicht zu stellen, sobald als möglich einige Bataillone in den Hohenzollerschen Landen aufzustellen.

Der General der Kavallerie Graf von der Groeben stimmte den von dem General von Reyher entwickelten Ansichten in Betreff der Zahl der auf-

zustellenden Streitkräfte entschieden bei und fügte unter anderen Motiven auch das hinzu, daß, sobald Preußen einmal in die Schranken träte, es seiner Stellung und Würde angemessen sei, gleich mit imponierendem Nachdrucke aufzutreten. Er glaube daher auch nicht S. M. dem König die vorläufige Aufstellung einiger Bataillone in den Hohenzollerschen Landen anraten zu dürfen. Von einer Demonstration oder Drohung mit so geringen Kräften möchte sich kein irgend erheblicher Eindruck und Erfolg erwarten lassen. Er stimme vielmehr dafür, sobald einmal der Zeitpunkt zum aktiven Einschreiten gekommen sei, gleich die von dem General von Reyher als erforderlich bezeichnete Streitmacht aufzustellen. Zur Bildung einer solchen wären 8 Divisionen erforderlich, welche – um die aus einer Mobilmachung den betreffenden Landesteilen erwachsenden Lasten planmäßig zu verteilen – aus allen Armeecorps und zwar so zu entnehmen sein möchten, daß von jedem Corps eine vollständige Division mit Einschluß ihrer Landwehr sowie die Hälfte des betreffenden Artillerie-Regiments zu der gegen die Schweiz concentrierenden Armeen designiert würde.

Der Kriegsminister stimmte der Ansicht der Generale Graf v. der Groeben und v. Reyher bei, bemerkte jedoch in bezug auf eine Äußerung Sr. M. des Königs, welcher zufolge auch eine Division des Gardecorps und zwar womöglich in erster Linie mit ins Feld rücken solle, daß, in Betracht der bereits als wünschenswert bezeichneten gleichmäßigen Verteilung der zu bringenden Opfer auf alle Provinzen, es sich empfehlen würde, in dem geeigneten Zeitpunkte gleich 9 Divisionen mobil zu machen, von denen, wie vorgeschlagen, 8 gegen die Schweiz aufzustellen, eventua-liter zu verwenden seien, während die 9. als Reserve für etwa anderweitig eintretende Eventualitäten in der Rheinprovinz zurückbliebe.

In Betreff der Deckung der Kosten – welche für die Mobilmachung der gedachten Streitkräfte gegen 6 Millionen und an laufenden Mehrkosten, in Vergleich zu dem Friedensetat monatlich gegen 3 Millionen betragen würden – wies der Kriegsminister auf den Rest des extraordinären Kredits hin, über dessen Verwendung S. M. der König in diesem Augenblicke noch nicht definitiv entschieden habe, so daß sich empfehlen dürfte, die Kosten der jetzt beratenen Unternehmung eintretendenfalls aus diesen bereits vorhandenen Mitteln zu decken. Der Ministerpräsident machte jedoch gegen diesen Vorschlag finanzielle Bedenken geltend, indem bei der Aufstellung des Staatshaushaltes pro 1857 bereits auf die Allerhöchste Genehmigung der von Seiten der Majorität des Staatsministeriums vorgeschlagenen Verwendung dieses Fonds gerechnet sei. Die zu den jetzt in Rede stehenden Maßnahmen erforderlichen Geldmittel würden daher seiner Zeit extraordinär bei dem Landtage zu beantragen und durch eine

neue Anleihe zu beschaffen sein. S. M. der König geruhte sich mit dieser Ansicht des Ministerpräsidenten einverstanden zu erklären.

Schließlich wurden noch die Grundzüge des Operationsplanes, welcher bei einem notwendig werdenden aktiven Vorgehen gegen die Schweiz zu adoptieren sein möchte, in vorläufige Erwägung gezogen. Der General der Kavallerie v. Reyher bezeichnete ein Vordringen mit möglichst concentrirten Kräften über Basel gegen Bern als die in jeder Beziehung sich empfehlende Operationslinie. S. M. der König stimmte dieser Ansicht zwar im allgemeinen bei, erachtete es jedoch für zweckmäßig, gleichzeitig mit dieser Hauptoperation auch detachierte Corps einerseits gegen Neuenburg, anderseits gegen Luzern vorzupoussieren. Übrigens könnten die näheren Festsetzungen über die Operationen wohl bis zu dem wirklichen eintretenden Falle der Aufstellung und Concentrierung der designirten Streitkräfte verschoben bleiben! Ebenso behielt S. M. auch über die Besetzung der höheren Kommandostellen für die zu bildende Armee sich die definitive Beschlußnahme noch vor.

Als Resultat der heutigen Beratung stellte sich somit Folgendes heraus: Zunächst seien die Erwiderungen der schweizerischen Regierung auf die Forderung wegen Freilassung der Gefangenen, und hiernächst die Erklärungen der Großmächte, namentlich Frankreichs, in Betreff der ihnen in bezug auf ein aktives Einschreiten Preußens gegen die Schweiz dann gemachten Eröffnungen, abzuwarten. Aus diesen Umständen werde sich dann ergeben, ob und wann aus dem Stadium der diplomatischen Verhandlungen in das des Handelns übergegangen werden müsse. Sobald dieser Zeitpunkt eingetreten sei, würden dann 9 vollständige Divisionen, von jedem Armeecorps eine, nebst verhältnismäßiger Artillerie und sonstigem Zubehör mobil zu machen und 8 davon nach vollendeter Mobilmachung so zeitig in Bewegung zu setzen seyn, daß die eigentlichen Operationen mit Anfang des März beginnen könnten.

V. G. A.

gez. Manteuffel, v. d. Groeben, v. Reyher
Graf Waldersee
richtig, gez. Friedrich Wilhelm

*König Friedrich Wilhelm IV.
an Prinz Wilhelm von Preußen, späteren Kaiser Wilhelm I.*

Charlottenburg, den 16. Dezember 1856

Ich melde Dir, teuerster Wilhelm, daß heut die Mobilmachung von 130 000 Mann (aus sämtlichen Armeecorps, die Gardien inclusiv) beschlossen ist. Ich werde Groeben ihre Führung anvertrauen, obgleich er sich schreck-

lich gesträubt hat, jetzt hoff' ich, stimmt er mit vollem Herzen ein. Waldersee soll Dir die Einteilung melden. Mit Neujahr kann das Decret darüber publiziert werden. – Die Schweiz ist gänzlich den Demagogen preisgegeben und der Zustand der Gefahr für Europa, den ein solcher colossaler Knäuel von revolutionärem und offensivem Willen erzeugt, erheischt gebieterisch, daß man ihm auf das Energischste entgentrete. Es scheint, daß zu Bern die Ansicht endlich aufdämmert, daß ich nicht zum Scherz gefordert habe, was Pflicht und bestes Recht geboten. Gott wird helfen!

Ein Brief von Dir an Manteuffel hat mich heut recht traurig gemacht. Du forderst Berichte von Harry Arnim,⁶ die er nicht machen kann, weil der Minister und ich selbst Narren seyn müßten, demselben Dinge aufzutragen, die *geheim bleiben müssen*, bis sie gar gekocht sind und serviert werden. Der Brief trägt daher leider den Stempel tief eingewurzelten Hasses gegen Manteuffel, *der* Geist aber tut mir nimmer Gutes. Er macht blind und läßt fehl greifen. Um Gottes Willen, überwinde diese Heftigkeiten und denke ein wenig an meine Lage. Manteuffel führt bis zu dieser Stunde diese ganze schwere Sache mit Meisterhand, und es scheint, daß Gottes Segen mit uns ist. Ich sende jetzt Edwin Manteuffel⁷ zum Kaiser nach Italien, um ihn zu fragen, ob er den nie wiederkehrenden Moment nicht benützen will, um die beständige Grenzgefahr für sein Alpenland diesseits und jenseits nicht endlich gründlich abzutun und Italiens selbst für lange Zeit sicher zu sein? Meine letzte Mitteilung wird Dir Befriedigung gewährt haben. Jetzt genug für heut. Gott mit Dir!

Dein treuer Bruder

Arnim an den Prinzen von Preußen

Berlin, 22. Dezember 1856

E. K. H. habe ich die Ehre untertänigst zu melden, daß nunmehr die Rückantworten der betreffenden deutschen Regierungen in Betreff des Truppendurchmarsches und der Grenzsperrre gegen die Schweiz eingegangen sind.

Österreich hatte versucht, durch den Grafen Rechberg,⁸ der zu diesem Zwecke in Darmstadt gewesen ist, und durch andere Agenten, die deutschen Höfe vor der Erteilung einer unbedingten Zustimmung zu warnen. Namentlich hatte Graf Buol⁹ sich aufs neue der plumpen Mittel bedient, die

⁶ Harry v. Arnim (1824–1881), Beamter des Ministeriums des Äußern.

⁷ Edwin v. Manteuffel (1809–1885), Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV.

⁸ Johann B. v. Rechberg (1806–1899), Präsidialgesandter beim Bundestag in Frankfurt.

⁹ Karl Ferd. v. Buol (1797–1865), österreichischer Minister des Auswärtigen.

Absichten der französischen Regierung zu verdächtigen, über welche jedoch der *Moniteur*-Artikel¹⁰ auch dem Publikum hinreichend Aufschluß gibt. So sind denn auch die österreichischen Manöver ohne Erfolg geblieben. Die sämtlichen Regierungen, deren Gebiet wir berühren, haben ihre unbedingte Zustimmung zum Durchzuge der Truppen gegeben. Herr v. Beust¹¹ hat daneben allerdings den Wunsch ausgesprochen, wir möchten zuvor die Autorisation des Bundes nachsuchen, ohne jedoch die sächsische Zustimmung von der Erfüllung dieses Wunsches abhängig zu machen. Mit Rücksicht hierauf erlaube ich mir untertänigst zu bemerken, daß wir jedenfalls die Sache *nicht* vor den Bund bringen werden, da wir seine Einmischung nur als ein lähmendes Element ansehen können.

Baden hat den Wunsch ausgesprochen, von unsern militärischen Projekten näher unterrichtet zu werden, da bei der geographischen Lage des Landes die bloß passive Teilnahme an den kriegerischen Unternehmungen gegen die Schweiz nicht möglich erscheint. Die badische Regierung wünscht daher als kriegerische Macht mit uns gemeinschaftlich aufzutreten und über die Modalitäten der gemeinschaftlichen Aktion sich zu verständigen. Die königlichen Militärbehörden sind ersucht worden, der großherzoglichen Regierung zu diesem Zwecke die nötigen Mitteilungen zu machen.

Was die Grenzsperrre betrifft, so findet dieselbe bei den süddeutschen Ländern, mit Ausnahme Bayerns, keinen Anklang. Es ist auch nicht zu verkennen, daß dieselbe nur dann wirksam sein würde, wenn alle Grenzstaaten, also auch Sardinien und Österreich, sich ihr anschlössen. Da dies nicht zu erreichen ist, werden wir die Sache wohl fallen lassen. Hinsichtlich der Waffenausfuhr haben wir jedoch allseitig die Versicherung, daß dieselbe aufs Strengste untersagt werden soll. . .

Kriegsminister Waldersee an Ministerpräsident Manteuffel

Berlin, den 5. Januar 1857

In Erwiderung des geehrten Schreibens vom 30. Dezember v. Js. betreffs der bei einer eventuellen Truppenbewegung nach der Schweiz zu berührenden fremdherrlichen Gebiete, verfehle ich nicht, Ew. Excellenz Folgendes ganz ergebenst mitzuteilen. Die Absicht geht dahin, behufs Transports unserer Truppen zwei große Eisenbahnstränge zu benützen, nämlich:

¹⁰ Artikel vom 17. Dezember im französischen Regierungsblatt *Moniteur*, worin Napoleon III. die Schweiz der Halsstarrigkeit ziele und erklärte, sie ihrem Schicksal überlassen zu wollen.

¹¹ Karl L. v. Beust (1811–1888), großherzoglich sächsischer Gesandter in Berlin.

1. von Berlin und von Breslau über Dresden nach Leipzig, dann über Hof, Augsburg, Ulm nach Biberach.
2. Von Berlin über Dessau, Halle, Guntershausen, Frankfurt a. M. nach Freiburg i. Br.

Außer diesen beiden Hauptlinien werden möglicherweise als Nebenrouten benutzt werden die Bahnen:

- a. von Magdeburg über Braunschweig, Lehrte, Hildesheim, Cassel bis Guntershausen,
- b. von Soest über Cassel nach Guntershausen,
- c. von Bruchsal über Stuttgart nach Ulm,
- d. von Mainz nach Mannheim,
- e. von Bamberg über Aschaffenburg nach Frankfurt a. M.

Aus diesen Linien ergeben sich auch diejenigen fremdherrlichen Länder, welche eventuell von unsern Truppen durchzogen werden würden und innerhalb deren Gebiete denselben selbstverständlich auch eventuell Quartiere zu gewähren sein würde. Das Einverständnis derjenigen Regierungen, deren Gebiete von dem genannten Durchzug betroffen werden, hierzu so bald als möglich herbeizuführen, erscheint dringend erforderlich, weshalb ich mir erlaube, Ew. Excellenz ganz ergebenst zu ersuchen, da, wo dies noch nicht geschehen sein sollte, das Geeignete des baldigsten zu veranlassen, auch mich demnächst über den Erfolg geeignetst in Kenntnis setzen zu wollen.

*Savigny*¹² an Manteuffel

Karlsruhe, 6. Januar 1857

Zuerst muß ich erwähnen, daß die Sendung des Herrn Obristen v. Manteuffel nach Oesterreich einen für meine unmittelbare Aufgabe sehr ungünstigen Rückschlag in der Stimmung des Karlsruher Hofes bewirkt hat. Wenn man hier auch entschlossen war, schließlich an der uns gegebenen Zusage festzuhalten, selbst auf die Gefahr hin, mit Oesterreich zu brechen, so stellt sich die Sache doch ganz anders, sobald man annehmen zu können glaubt, es werde sich die offenkundige Divergenz zwischen Berlin und Wien durch eine direkte Verständigung ausgleichen, zu der die Initiative von Berlin ausgeht. Solchen Falls will man sich natürlich hier, in der letzten Stunde, Oesterreich gegenüber, nicht kompromittiert haben. Ferner begegne ich hier schon seit einiger Zeit mannigfachen Andeutungen, wonach man sich zu der Voraussetzung berechtigt erklärt, es werde der König, unser allergnädigster Herr, seine Armee nicht marschieren lassen, auch

¹² Karl Friedrich v. Savigny (1814–1875), preußischer Gesandter in Baden.

dann nicht, wenn die Schweiz sich weigere, auf unsere Forderungen einzugehen...

Ich erlaube mir, dies alles hervorzuheben als Erklärung für die hier eingetretene Veränderung. Vor zwei Wochen noch stand die Sache ganz anders. Der Großherzog glaubte, es handle sich um eine frische und fröhliche Expedition gegen die Schweiz, welche nach vollständiger Verständigung zwischen uns und Frankreich, mit einer wesentlichen Beschneidung der Grenzen der Nachbarrepublik enden werde. Da wollte er dann dabei sein, mit seiner Armee und schließlich auch mit seinen Ansprüchen als deutscher Nachbar. Diesen Gedanken habe ich wohl erkannt¹³, mich aber streng gehütet, irgendwie darauf einzugehen. Jetzt sieht man in der preußischen Expedition vorerst nur diplomatische Verlegenheiten für Baden und später positive Lasten für das Land, für welche eine Vergütung sich gar nicht normieren läßt; die Aussicht auf mögliche Acquisition des Kantons Schaffhausen würde hier wie ein Zauberschlag gewirkt haben¹⁴.

Einstweilen ist übrigens die Haltung Badens der Schweiz gegenüber in unserem Sinne eine ganz korrekte geblieben; und darauf kommt es gegenwärtig am meisten an. Auch zweifle ich nicht an der hier vorwaltenden redlichen Absicht, uns nützlich zu sein, so weit es irgend geht. Man wird auch eine Konvention abschließen, wie ich sie in meiner Note vorschlage, schließlich aber um politische Explikationen bitten, welche in der Ausdehnung, wie man sie hier erwartet, von mir jedenfalls nicht gegeben werden können.

Farnsecky¹⁵ an Manteuffel

Karlsruhe, 6. Januar 1857

..Im Schlosse angelangt, empfing mich der Großherzog¹⁶ sehr huldreich als Waffengefährten. Es sprach sich in der ernsten und bedenklichen Miene, welche S. K. Hoheit sofort annahm, schon deutlich genug aus, daß die günstigen Dispositionen, welche Hochderselbe für unsere Sache einmal gehabt hat, durchaus nicht mehr vorhanden seien, aber S. K. H. hielt auch in dem Gespräch darüber sein Widerstreben gegen dieselbe keinen Augenblick zurück, und was ich schon Herrn v. Meyenbug gegenüber sogleich erkannt: daß die großherzogliche Regierung sich keineswegs in der Rolle sieht, nur Erbietungen zu machen und darauf zu harren, ob wir dieselben

¹³ Randbemerkung Manteuffels: aber uns nie gemeldet.

¹⁴ Randbemerkung Manteuffels: !!

¹⁵ Eduard Friedrich v. Fransecky (1807–1890), preußischer Generalstabsoffizier, in Spezialmission am badischen Hofe.

¹⁶ Friedrich I., Großherzog von Baden (1826–1907).

auch günstig aufnehmen würden, sondern umgekehrt von Preußen ruhig und gemessen erwartet, daß es sage, was es wolle, und daß es abwarte, was Baden, ohne sich in Nachteil zu setzen, davon gewähren könne – das trat mir auch sehr bald aus der ganzen Rede des Großherzogs entgegen.

S. K. Hoheit erwähnte zuerst der besonders schwierigen Lage seines Landes als desjenigen, welches die ganzen Lasten und Gefahren des Krieges übernehme, ohne irgend ein Interesse an der Veranlassung desselben zu haben, und welchem die «Nachwehen» desselben allein verblieben, «nachdem die Preußen wieder heimgezogen». Wie könne man sich aber überhaupt badischerseits nur irgendwie in die Sache einlassen, da man ja durchaus nicht klar wisse und sehe, was Preußen eigentlich wolle und wie weit es gehen wolle; da man ferner nicht wissen könne, wie Frankreich sich nach begonnenem Kriege zu demselben stellen werde; da Oesterreich so viele Schwierigkeiten mache, und da endlich ein einseitiges Vorgehen Badens in dieser Sache zu Gunsten Preußens die großherzogliche Regierung allen übrigen Bundesgliedern gegenüber in eine sehr unangenehme Lage versetzen werde. Dazu noch die augenscheinlich doppelte Gefahr für Baden: 1. den Angriffen der an der schweizerischen Grenze aufgestellten feindlichen Truppen unmittelbar bloßgestellt zu sein, sobald es der Frage, ob es den preußischen Truppen den Durchmarsch, respektive die Benutzung seines Bodens, als Operationsbasis gestatten werde? nicht mehr ausweichen könne. 2. aber noch einen andern Feind, – die Demokratie – gegen sich aufstehen zu sehen, die, wie sie jetzt im Württembergischen täglich zunehmend aufgestachelt werde, nicht lange zögern dürfte, auch in Baden wieder ihren Boden zu finden. «Diesem allem», fuhr S. K. H. fort, «müssen wir natürlich zu entgehen suchen; wir dürfen uns nicht blindlings in die Sache hinein und weiter mit fortreißen lassen; wir können nur wünschen, daß die Bestrebungen anderer Mächte, diese Sache auf friedlichem Wege zu Ende zu bringen, Erfolg haben mögen, und wir hoffen alle, daß es Friede bleiben werde». S. K. H. machte bei diesem letzteren Satze Andeutungen, wie «daß S. M. der König den Krieg gar nicht wolle», daß es bereits bekannt sei, wie «S. M. Ihrem Rechte an das Fürstentum Neuenburg zu entsagen vorhabe», und «daß auch in der Schweiz die gemäßigten Ansichten schon anfangen, Platz zu greifen». «Oesterreich macht Ihnen sehr viel Schwierigkeiten» äußerte S. K. H. mündlich, «aber die Sendung des Obersten v. Manteuffel, der diesen Weg schon oft gemacht hat, wird ja wohl zur Verständigung und damit auch zur Erhaltung des Friedens führen».

Meinerseits schien mir nunmehr der Augenblick gekommen, von neuem an meinen Auftrag zu erinnern und S. K. H. zu bitten, den so

wichtigen militärischen Fragepunkten, trotz der verhofften Friedensausichten, auch badischerseits näher treten zu lassen, und mich in die Lage zu versetzen, die gewünschten Verhandlungen so bald wie möglich beginnen zu können. Ich legte dabei einen Akzent auf die kurze Zeit, welche dazu noch übrig, und auf die Notwendigkeit für unsere Regierung, zu wissen, woran sie mit Baden sei, wenn es denn doch etwa zum Kriege kommen sollte. Ich fügte hinzu, wie ich in solchem Maße von den in Berlin gehegten Wünschen und Absichten Kenntnis hätte, daß ich imstande sein würde, den erforderlichen Vertragsentwurf, ohne zeitraubende Hin- und Herfragen, mit den großherzoglich badischerseits zu diesem Geschäft zu delegierenden Personen aufzustellen, und daß ich unsererseits die allerstrengste Discretion im Voraus verbürgen könne. S. K. H. sagten, daß in dieser Beziehung das Erforderliche bereits befohlen sei und ich mich darauf verlassen könne, nicht mehr lange warten zu müssen.

Nachdem sich das Gespräch einmal auf die rein militärische Seite gewendet hatte, blieb S. K. H. bis zuletzt ausschließlich bei derselben. Da S. K. H. von dem Gedanken beunruhigt schien, das badische Land beim wirklichen Ausbruch des Krieges dem Feinde längere Zeit halb wehrlos bloßgestellt zu sehen und die Frage sehr bestimmt und mit sichtbarer Erwartung der Bejahung stellte: ob vierzehn Tage nach ausgesprochener Mobilmachung wohl schon preußische Truppen hier eintreffen könnten, so nahm ich keinen Umstand, zu erwidern: «daß von den Truppen am Rhein, in Thüringen und selbst in der Mark Brandenburg allerdings ansehnliche Abteilungen (ich dachte dabei zunächst an Infanterie mit der entsprechenden Artillerie) in solch kurzer Zeit hierher geschafft werden könnten, um den badischen Truppen sich zur Seite zu stellen und feindliche Invasionen zurückzuweisen». Diese Erwiderung machte einen augenscheinlich guten Eindruck, und ich halte mit der Ansicht nicht zurück, daß eventuell zur Beruhigung des hiesigen Landes und zur Gewinnung der Gemüter auch in diesem Sinne verfahren werden müßte, trotz anderer daraus entstehender Inkonvenienzen. Demnach kam die Rede auf die etwaige aktive Beteiligung der badischen Truppen an dem Kriege. S. K. H. äußerte: daß wenn die preußische Armee von Baden aus eine Kriegsoperation gegen die Schweiz unternähme, von einer Neutralität Badens überhaupt nicht, und daher auch nicht von einem passiven Zusehen seiner Truppen die Rede sein könne. Ich benutzte diese Aeußerung zu der Wendung: «daß in Preußen der ritterliche, militärische Sinn S. K. H. allbekannt sei, daß dort jedermann wisse, wie die junge badische Armee von diesem Sinne ihres Kriegsherrn erfüllt und durchglüht wäre, und daß es den preußischen Soldaten eine Lust sein würde, mit den badischen eventuell

Waffengemeinschaft zu machen. Ein Verlangen aber würde in dieser Beziehung von unserer Regierung wohl nicht gestellt werden, weil dieselbe wisse, daß Baden ohnehin schon Lasten genug für uns übernehme; jedoch würde man ein freiwilliges Erbieten Badens jedenfalls willkommen heißen». Es war natürlich und schien mir für meinen Zweck förderlich, daß ich des schwungvollen Geistes gedachte, welcher die preußischen Truppen in diesem Augenblick, im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges, allgemein beseelt: «E. K. H. sind selbst Soldat», sagte ich, «lieben den Soldaten und fühlen wie ein Soldat. Niemand kann daher jene Stimmung besser begreifen, niemand lebendiger fühlen, als Sie, wie ersehnt die in Aussicht stehende Gelegenheit, nun endlich wieder einmal an den Feind zu kommen, allen jenen Truppen ist, und als Soldat können E. K. H. uns auch diese Gelegenheit nur gönnen». Ich sah, daß ich dem fürstlichen und dem militärischen Herzen des Herrn wohlgetan hatte und las nicht nur in seinem Auge, sondern hörte auch aus seinem Munde die bejahende Antwort: «aber», so setzte er zu letzterer sogleich hinzu, «vom politischen Standpunkt aus ist für mich diese Frage freilich eine sehr viel andere, von ihm aus betrachtet muß ich die Einhaltung des Friedens wünschen und, ich wiederhole es, ich hoffe sie auch!»

S. K. H. geruhte nunmehr, sich nach mehreren Höchstdenselben bekannten Personen in Preußen, namentlich nach den an die Spitze der mobilen Armee sowie der verschiedenen Armeecorps und Divisionen dieser Armee berufenen Herren Generalen - sowie auch nach meinen eigenen Verhältnissen - wohlwollend und teilnehmend zu erkundigen und endlich sich von seinem Platz zu erheben und die Audienz zu schließen.

Groeben an Frasnöcky

Berlin, 15. Januar 1857

..S. M. der König, dem ich Ihr vertrauliches Schreiben sogleich vorlesen mußte, äußerte ohne weiteres: 1. Ein badischer General muß das gemischte Corps kommandieren, 2. Konstanz darf nicht aufgegeben werden.

Ich muß Ihnen gestehen, daß ich den letztern Entschluß von Baden nicht begreife; er ist seiner nicht würdig. Ist es bei Befestigungen möglich, aus nichts etwas, ja sogar Großes zu schaffen, wieviel mehr aus Wällen, mit ab und zu schwachen Mauern, Tüchtiges, Nachhaltiges. Konstanz muß in ganz kurzem ein fester Platz, ein Brückenkopf für Baden sowie uns werden können; statt dessen wird es, verlassen, ein fester Platz für unsere Gegner. Wie erhält Baden auch seine Köstnizer einst wieder? als Schweizer, als Demokraten. Konstanz hat für uns einen positiven und einen negativen Wert, einen offensiven und defensiven Charakter. Ist es

in unserer Gewalt, so bedrohen wir damit, wir mögen seine Lage benützen oder nicht, den feindlichen rechten Flügel, dehnen die feindliche Armee aus und decken dadurch zugleich unsere lange Verbindungslinie mit der östlichen Eisenbahn.

Ist es dagegen in der Hand des Feindes, so wird es in sich konsistenter, und wenn er dann noch den vorhandenen Brückenkopf zu Petershausen benützt, so nimmt er von uns Streitkräfte in Anspruch, die wir anders nützlicher verwenden könnten; mit einem Wort, er schwächt uns. Wir müssen also in der Kraft der Wahrheit alle Mittel anwenden, um Baden zu bewegen, Konstanz nicht ohne weiteres aufzugeben. Es ist sonst militärisch ganz richtig, daß es seine Bereitschaften von der Grenze weiter ab aufstellt. Nach Konstanz gehören aber mindestens 4–5000 Mann. Dafür wollen wir ihm anstatt der verlangten 8–10 000 in möglichst kürzester Frist 12 000 Mann Infanterie und zwei Batterien nach Freiburg senden. Dazu kann das 16. Inf.Reg. und das 17. am vierzehnten Tage bei Köln, Düsseldorf und Wesel, und das 31. Reg. am 16., das 32. am 17. Tag nach Empfang der Mobilisationsordre zum Abmarsch bereitstehen, und zwei Fußbatterien werden am 21. und 22. Tage schon bei Freiburg eintreffen können.

Personelle Grundfragen einer Armeereform

Von Major der Sanität H-K. Knoepfel

Die derzeitigen Tendenzen einer Armeereform zielen in Richtung einer beweglicheren, schlagkräftigeren Armee. Vermehrung von Panzern und Fliegern sowie Motorisierung der Infanterie sollen die Armee schaffen, die den Anforderungen der atomischen Kriegführung entsprechend sich dezentralisiert bereitstellt, in einer schnellen Kräftekonzentration zustößt und sich wieder verteilt, bevor die gegnerischen Atomwaffen sie fassen können. Es ist nicht meine Sache, auf die militärischen Aspekte dieser Probleme einzugehen. Es ist aber in dieser Zeit, da wieder einmal die Organisation der Armee zur Diskussion steht, angebracht, die personellen Grundlagen und Möglichkeiten hervorzuheben. Mit Recht sagen wir, daß der Soldat und der Geist maßgebend für den Kriegserfolg einer Armee seien. Wenn wir aber Verbesserungen und Umorganisationen der Armee diskutieren, so sprechen wir meist nur von Waffen, Material und Geld. Bei der Diskussion um die moderne, schlagkräftigere Armee wird angenommen, daß diese neue Armee aus finanziellen Gründen kleiner sein müßte. Die Frage, ob wir